Gesethlatt für die Freie Stadt Danzig

Mr.	20	Ausgegeben Danzig, den 22. März
I	aa	seite Danzig, den 25. Februar 1939. tlast & Latt unundratuckeriurest eine
25. 2.	1939	Berordnung betreffend Abanderung ber Standesordnungen auf bem Gebiete bes Beilmejens 125
1. 3.	1939	Rerorinung über die Berufsiculvilicht
9. 3.	1939	Rechtsverordnung über ben Aufbau bes Danziger Nährstandes und Magnahmen zur Marti- und Breisregelung zur landwirtschaftliche Erzeugnisse (Nährstandsverordnung)
9. 3.	1939	Erste Aussührungsverordnung zur Rechtsverordnung über ben Aufbau des Danziger Rährstandes und Maknahmen zur Markt- und Breisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Rährstandsverordnung) 132
14. 3.	1939	Rechtsperorbnung betr. Anderung bes Gefetes über bie Berhaltniffe ber Juden vom 23. Juli 1847 133
15. 3.	1939	Berordnung zur Abanderung der Rechtsverordnung zur Erganzung bes Beichiel-Rogat-Deichstatuts 134
21. 3.	1939	Rechtsverordnung betr. Berlängerung ber Umtsdauer bes am 7. 4. 1935 gewählten Bolfstages 135

Berordnung 28 1 3iffer 36, 20 gnundrang Staat vom 24, Juni 1983 (6, 981 - pnundrang

betreffend Abanderung ber Standesordnungen auf dem Gebiete bes Seilwejens. Bom 25. Februar 1939.

Auf Grund des § 1 Biff. 49 und des § 2 des Gesets gur Behebung der Rot von Bolt und Staat vom 24. Juni 1933 (G.BI. S. 273) sowie des die Geltungsdauer dieses Gesetzes verlängernden Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G.Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artifel I

1. § 17 der Arzteordnung erhält folgende Fassung:

(1) Die Berufsschulpflicht dauert 3 Jahre, ir growirschaftliche Berufe 2 Jahre. Lebelinge sind Wer den Bestimmungen der §§ 3, 4 und 13 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis gu 5 Jahren und mit Gelbstrafe bis zu 10000 G ober mit einer dieser Strafen bestraft.

2. § 19 Biff. 7 der Arzteordnung erhält folgende Fassung: andersons aust Gutedluplejure

- 7. Sie fonnen Einrichtungen ichaffen, Die den Zwed haben, den Arzten und ihren Hinterbliebenen eine Versorgung zu gewähren, insbesondere eine Ordnung zur Regelung dieser Versorgung erlassen. Diese Ordnung und etwaige Abanderungen bedürfen der Zustimmung des Senats.
 - 3. Der § 23 der Arzteordnung fällt fort.

Artifel II

§ 17 der Zahnärzteordnung erhält folgende Fassung:

§ 17

Wer den Bestimmungen der §§ 3, 4 und 13 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis 3u 5 Jahren und mit Gelbstrafe bis ju 10 000 G ober mit einer dieser Strafen bestraft.

(1) Die Berufsschulpslicht, ih durch Belv III Istitry Brufsschule zu erfüllen, die von der Schul

§ 15 der Dentistenordnung erhält folgende Fassung: molitailfalucielure end zuf odräckschaftlun (2) Die Berpflichtung besteht für alle Jugen 21 gn. folange sie nicht

Wer den Bestimmungen der §§ 3, 4 und 11 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis 3u 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 10000 G oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Artifel IV

§ 17 der Hebammenordnung erhält folgende Fassung:

\$ 17

Wer den Bestimmungen der §§ 4, 5 Abs. 1, 8 Abs. 1 und Abs. 5 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 5000 G ober mit einer dieser Strafen bestraft.

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetages: 30. 3. 1939.)

Artifel V

§ 18 der Apothekerordnung erhält folgende Fassung:

§ 18

Wer den Bestimmungen der §§ 3, 4 und 13 Abs. 2 zuwiderhandelt, oder ohne die nach § 13 Abs. 1 erforderliche Genehnugung eine neue Apotheke errichtet oder eine bestehende übernimmt, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 10000 G ober mit einer dieser Strafen bestraft.

Artifel VI

Diese Berordnung tritt mit Rudwirkung vom 1. Januar 1939 in Kraft.

Danzig, den 25. Februar 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Greiser Dr. Hoppenrath Dr. Großmann G 2048

Berordung generation betr. Anderung be Bundrare Well & Al

autraffing den geft bie Berufsichulpflicht. Ern gunrednicht ung gundren Bell & di Bom 1. März 1939.

Auf Grund des § 1 Biffer 36, 39 und § 2 des Gesethes zur Behebung der Rot von Bolf und Staat vom 24. Juni 1933 (G.Bl. S. 273 f.), sowie des Gesetes gur Berlangerung dieses Gesetes vom 5. Mai 1937 (G.Bl. S. 358a) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Beginn der Berufsschulpflicht Mit der Beendigung der allgemeinen Schulpflicht beginnt die Pflicht zum Besuch der Berufsschule.

§ 2

Dauer der Berufsschulpflicht

- (1) Die Berufsichulpflicht dauert 3 Jahre, für landwirtschaftliche Berufe 2 Jahre. Lehrlinge sind darüber hinaus bis zum Ende der Lehrzeit berufsschulpflichtig.
- (2) Bei Berufswechsel wird die Pflicht jum Besuch der Berufsschule nicht unterbrochen. Früherer Berufsschulbesuch kann angerechnet werden.
 - (3) Die Berufsschulpflicht endet vor Ablauf der im Absatz 1 bezeichneten Zeit,
 - a) wenn die Schulaufsichtsbehörde feststellt, daß die bisherige Ausbildung des Berufsschulpflichtigen den Besuch der Berufsschule fortan entbehrlich macht. Dies gilt insbesondere für Madden, die feinen besonderen Beruf ergreifen, nach einjährigem Besuch einer Sauswirtschaftsschule:
 - b) wenn der Berufsschulpflichtige das 18. Lebensjahr vollendet, soweit es sich nicht um Lehrc) wenn der Berufsschulpflichtige heiratet. Wansplat nachts genundschaftnicht ge

Wer den Bestimmungen der §§ 3.84gund 13 guwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis

Maried netorie reieid renie Erfüllung der Berufsschulpflichten dem nerdoll du

- (1) Die Berufsschulpflicht ist durch Besuch derjenigen Berufsschule zu erfüllen, die von der Schulaufsichtsbehörde für den Berufsschulpflichtigen vorgeschrieben ist.
 - (2) Die Berpflichtung besteht für alle Jugendlichen, solange sie nicht
 - a) eine als ausreichenden Ersat für den Berufsschulunterricht anerkannte Fachschule besuchen,
 - b) mindestens 24 Stunden wöchentlich am Unterricht einer anderen öffentlichen Schule teils nehmen,
 - c) eine Sochschule besuchen,
 - d) im staatlichen Silfsdienst oder polizeilichen Sicherheitsdienst stehen.

Mer den Bestimmungen der 38 44 & Abl. 1. 8 Abl. 1 und Abl. 5 guwiderhandelt

reme tim rode D 0003 Befreiung von der Berufsschulpflicht mittelle

Bildungsunfähige Jugendliche sind von der Berufsschulpflicht befreit. über das Vorliegen der Bildungsunfähigkeit entscheidet in Zweifelsfällen die Schulaufsichtsbehörde.

8 5

Berufsschulzwang

Jugendliche, welche die Pflicht zum Besuch der Berufsschule nicht erfüllen, werden der Berufsschule zwangsweise zugeführt. Hierbei kann die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen werden.

\$ 6

Berantwortlichkeit Anderer für die Erfüllung der Berufsiculpflicht

- (1) Wer für die Berson des Berufsschulpflichtigen zu sorgen hat, sowie der, dem Erziehung oder Bflege des Berufsschulpflichtigen anvertraut ist, hat dafür Borsorge zu treffen, daß der Berufsschulpflichtige am Unterricht und an den sonstigen Beranstaltungen der Berufsschule regelmäßig teilnimmt und sich der Berufsschulordnung fügt.
- (2) Wer für die Berson des Berufsschulpflichtigen zu sorgen hat, ist verpflichtet, ihn für den Berufsschulbesuch nach Maßgabe der hierüber erlassenen Bestimmungen in gehöriger Weise auszurüsten und den zur Durchführung der Berufsschulgesundheitspflege erlassenen Anordnungen Folge zu leisten.
- (3) Lehrherren, Dienstherren, Führer von Betrieben oder deren Bevollmächtigte haben dem Berufsschulpslichtigen die zur Erfüllung der Berufsschulpslicht erforderliche Zeit zu gewähren, ihn zur Erfüllung der Berufsschulpflicht anzuhalten, den Schulbesuch zu überwachen und die Leistungen in der Schule zu kontrollieren.

Der Senat tann bem Danziger Rabritand fegendere Aufgaben übertra

Strafbestimmungen

- (1) Wer den Bestimmungen über die Berufsschulpflicht vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 G oder mit Haft bestraft, sofern nicht nach anderen Gesehen eine höhere Strafe verwirkt ist.
- (2) In gleicher Weise wird bestraft, wer vorsätzlich Berufsschulpflichtige oder die im § 6 bezeichsneten Bersonen durch Mißbrauch des Ansehens, durch Überredung oder durch andere Mittel dazu bezitimmt, den Vorschriften über die Berufsschulpflicht entgegen zu handeln.
- (3) Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Schulleiters oder der Schulaufsichtsbehörde ein; der Antrag kann zurückgenommen werden.

2. Die gemah & 5 Ablan 2 angeglicbeg g Cincidiungen;

Durchführung ber Berordnung

Der Senat erläßt die zur Durchführung und Ergänzung dieser Verordnung erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

tung landwirtschaftlicher Erzeugnille & geiben und deren Bertretung gemäß & I ber Dan-

Intrafttreten diefer Berordnung und Aufheben älterer Borichriften

Diese Berordnung tritt mit dem 1. April 1939 in Kraft. Gleichzeitig werden die §§ 120, 139i, 150 Ziffer 4 der Gewerbeordnung, die Rechtsverordnung zur Durchführung der Fortbildungsschulpflicht vom 9. März 1934 (G.Bl. S. 169) sowie die Berordnung zur Ausführung der Rechtsversordnung zur Durchführung der Fortbildungsschulpflicht vom 26. Ottober 1936 (G.Bl. S. 428) und die auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen Ortssatzungen aufgehoben.

Danzig, den 1. März 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Greiser Boed

...

Rechtsverordnung

über den Aufbau des Danziger Nährstandes und Magnahmen zur Martt= und Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Nährstandsverordnung).

Bom 9. März 1939.

Auf Grund des § 1 Ziff. 71 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G.Bl. S. 273) und des die Gestungsdauer dieses Gesetzes verlängernden Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G.Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

8 1

Der Danziger Nährstand ist die gesetzliche Berufsvertretung der Danziger Bauernschaft und ber Danziger Landwirtschaft einschließlich der landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Landhandels (Großund Kleinhandels) und der Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Der Danziger Nährstand ist eine Selbstverwaltungsförperschaft des öffentlichen Rechts. Er hat

seinen Sitz in Danzig.

Der Danziger Nährstand hat die Belange des Bauerntums und der Landwirtschaft, der land= wirtschaftlichen Genossenschaften und des von ihm vertretenen Groß= und Rleinhandels mit landwirt= schaftlichen Erzeugnissen sowie der Be= und Berarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Rahmen der Gesamtwirtschaft nach gemeinnütigen Grundsätzen wahrzunehmen. Er hat insbesondere die Aufgabe,

das Bauerntum und die Landwirtschaft, die landwirtschaftlichen Genossenschaften und den von ihm vertretenen Groß- und Rleinhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie die Be- und Berarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu fördern, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten zwischen seinen Angehörigen zu regeln, zwischen ben Beftrebungen der von ihm umschlossenen Rräfte einen dem Gemeinwohl dienenden Ausgleich herbeizuführen, die Behörden bei allen den Nährstand betreffenden Fragen, insbesondere auch durch Erstattung von Gutachten und Bestellung von Sachverständigen, zu unterstüten.

Der Senat kann dem Danziger Nährstand besondere Aufgaben übertragen.

130 THE § 3

Der Danziger Nährstand hat die Berpflichtung, über die Standesehre seiner Angehörigen zu wird mit Geloffrafe bis zu 300 C ober mit haft bestraft, sofern nicht nach anderen Gesetzen einnechow

Der Danziger Nährstand umfaßt:

- 1. alle, die auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig als Eigentümer, Eigenbesitzer, Eigen= berechtigte, Rugnieger, Berpächter oder Bächter bäuerlicher oder landwirtschaftlicher Betriebe oder als Familienangehörige, Arbeiter, Angestellte oder Beamte in der Landwirtschaft und ihren Verwaltungsorganisationen nicht nur vorübergehend tätig sind;
 - 2. die gemäß § 5 Absat 2 angegliederten Einrichtungen;
 - 3. die landwirtschaftlichen Genossenschaften einschließlich ihrer Zusammenschlüsse und sonstigen Einrichtungen;
 - 4. alle natürlichen und juristischen Bersonen, die im Gebiet der Freien Stadt Danzig den Groß= und Rleinhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie die Be- und Berarbei= tung landwirtschaftlicher Erzeugnisse betreiben und deren Bertretung gemäß § 1 ber Danziger Nährstand übernommen hat; die Zugehörigkeit im einzelnen regelt der Landesbauern-
- 5. die Bersorgungsverbände und die Bereinigung der Danziger Bersorgungsverbände;

6. die auf Grund des § 18 gebildeten Zusammenschlüsse.

ordnung zur Durchführung der Fortbildungsschust ger vom 26. Ditober 1936. (G.B.

Bur Bereinfachung des Aufbaues und der Berwaltung des Danziger Rährstandes können bestehende Bereine, Bereinigungen und Berbande ohne Rudsicht auf ihre Rechtsform, welche die wirtschaftspolitische, wirtschaftliche, fachliche und geistige Förderung sowie die Wahrung der Belange der Landwirtschaft oder ber im § 4 genannten Angehörigen des Danziger Nährstandes zum Zwede haben, durch Anordnung des Landesbauernführers (§ 11) in den Danziger Nährstand eingegliedert werden oder in ihm aufgehen. Der Danziger Nährstand ist verpflichtet, die bisher gegen diese Organisationen entstandenen vermögensrechtlichen Ansprüche und Anwartschaften zu gewährlesten. Das Bermögen dieser Organisationen geht in das Vermögen des Danziger Rährstandes über.

Der Landesbauernführer kann die im Absat 1 bezeichneten Organisationen dem Danziger Rähr=

stand angliedern, wenn eine Eingliederung nicht tunlich erscheint.

§ 6

Die Landwirtschaft im Sinne dieser Berordnung (bäuerliche oder landwirtschaftliche Betriebe) umfaßt die Bodenbewirtschaftung und die mit Bodennugung verbundene Tierhaltung zur Gewinnung pflanglicher und tierischer Erzeugnisse, insbesondere den Aderbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft, die Forstwirtschaft, den Gartenbau und die Fischerei, die Imkerei und die Jagd.

\$ 7

Als landwirtschaftliche Erzeugnisse im Sinne dieser Berordnung gelten auch die aus ihnen durch Be- oder Berarbeitung gewonnenen Erzeugnisse.

\$ 8

Landhandel (Groß- und Rleinhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen) sowie Be- und Berarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Sinne dieser Berordnung liegt bei folgenden Wirtschafts= gruppen por:

- 1. Wirtschaft mit Acerbauerzeugnissen,
- 2. Viehwirtschaft,
- 3. Buderwirtschaft,
- 4. Stärke- und Branntweinwirtschaft, und nonis dilitati tod annungen rock
- 5. Fischwirtschaft,
- 6. Fett- und Mildwirtschaft, wieden eine end redu nettindiren werschaft ein
- 7. Solzwirtschaft und Wirtschaft mit Garten=, Forst= und ähnlichen Gewächsen.

Als Sandel gilt auch die Tätigkeit der in den vorbezeichneten Fächern arbeitenden Bermittler (Kommissionäre, Handelsvertreter, Agenten, Makler).

Ausführungsvorschriften, die im Einvernehmen mit dem Senat, Abteilung Wirtschaft, zu erlassen find, bestimmen, welche Betriebe ju ben obengenannten Wirtschaftsgruppen gehören.

lages fowie der Preise und Preisspannen von nie gandezugehörigen Baren

Eine nach § 8 begründete Zugehörigkeit zum Danziger Nährstand schließt die Zugehörigkeit zu anderen Standes= und Berufsvertretungen aus, soweit nicht im Absat 2 oder im § 10 etwas anderes be-

Die Mitgliedschaft der Bäder, Schlächter, Müller und Konditoren zu ihren Innungen und ber Handwerkskammer sowie ihre Beitragspflicht gegenüber den Innungen und der Handwerkskammer wird durch die Zugehörigkeit zum Nährstand nicht berührt, ebenso wenig die organisatorische Unterstellung der Innungen unter die Sandwerkstammer. Ein Biertel der von den vorgenannten Sandwerksbetrieben an die Sandwerkskammer geleisteten Beitrage (nicht jedoch ber Gefolgschaftsbeitrage) ift von dieser an den Nährstand abzuführen.

Die Ernennung der Führer der Innungen von Bädern, Schlächtern, Müllern und Konditoren und der übergeordneten fachlichen Gliederungen diefer Sandwerkszweige bedarf der Zustimmung des Landesbauernführers.

Ein die Zugehörigkeit zum Danziger Nährstand begründender Landhandel (Groß- und Rleinhandel) oder eine die Zugehörigkeit begründende Ble- und Berarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Nahrungsmittel (§ 8) liegt nicht vor,

1. wenn das in § 8 bezeichnete Fach lediglich ein unerhebliches Maß des Gesamtbetriebes

2. beim Gast= und Serbergsgewerbe.

Bei Betrieben, die in einem nicht unerheblichen Mage Fächer der in § 8 bezeichneten Art neben anderen Betriebszweigen umfassen, greift sowohl bie Zugehörigkeit zum Danziger Nährstand, als auch die Zugehörigkeit zu demjenigen Wirtschaftsverband und derjenigen anderen Standes- oder Berufsvertretung Plat, zu benen diese anderen Betriebszweige gehören (gemischte Betriebe).

Der Landesbauernführer ist der Führer und gesetzliche Bertreter des Danziger Nährstandes. Er wird vom Senat ernannt.

Der Landesbauernführer ordnet die innere Gliederung des Danziger Rährstandes.

Der Landesbauernführer fann seine Befugnisse auf nachgeordnete Stellen übertragen mit der Ermächtigung zur Weiterübertragung. Der Nachweis der Befugnis zur Bertretung wird durch ein mit dem Abdrud des Dienstsiegels versehenes Zeugnis des Landesbauernführers geführt.

\$ 12

Der Danziger Nährstand gliedert sich örtlich in Rreisbauernschaften und in Ortsbauernschaften. Führer der Rreisbauernschaft ist der Kreisbauernführer, Führer der Ortsbauernschaft der Ortsbauernführer.

§ 13

Der Danziger Nährstand erhebt von seinen Mitgliedern Beiträge nach Maßgabe einer Beitragsordnung, die der Landesbauernführer erläßt. Die Beitragsordnung bedarf der Zustimmung des Senats.

Die Beiträge werden, soweit die Beitragsordnung nichts anderes bestimmt, wie öffentliche Abgaben im Berwaltungszwangsverfahren eingezogen und ohne Abzug an den Danziger Nährstand ab= Landhandel (Groß- und Rleinhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen) sowie Be- u.traufge arbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnille im Spregdieser Berordnung liegt bei folgenden Wirtschafts

Der Danziger Nährstand fann für die Benutzung seiner Einrichtungen und Beranftaltungen Gebühren erheben.

§ 15

Der Danziger Nährstand hat jährlich einen Saushaltsplan aufzustellen, der vom Landesbauernführer verabschiedet wird.

Die näheren Vorschriften über das Haushalts-, Rassen- und Rechnungswesen erläßt der Landesbauernführer in einer Haushaltsordnung. The Angeleiche dem Kochlieben der

Alls Sandel ailt auch die Tätigfeit ber in be 10 beseichneten Kamern Die Staatsaufsicht über den Danziger Nährstand führt der Senat.

Ausführungsvorschriften, die im Einverneh 77ng mit dem Senat, Abteilung Alirtschaft, zu erlossen

Der Landesbauernführer wird ermächtigt, Anordnungen jur Regelung der Erzeugung, des Absates sowie der Preise und Preisspannen von nährstandszugehörigen Waren (§§ 7, 8) zu treffen sowie Ausgleichsausgaben festzuseten, wenn dies unter Würdigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls geboten erscheint.

Den auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Anordnungen sind die mit der Erzeugung, bem Absatz, der Be- oder Verarbeitung befaßten Betriebe, insbesondere die in § 8 bezeichneten Betriebe, ohne Rudsicht auf die Zugehörigkeit zum Danziger Nährstand unterworfen.

Ist auf Grund anderer Bestimmungen eine besondere Stelle mit der Überwachung von Preisen und Preisspannen betraut worden, so ist vor Erlaß preisbindender Anordnungen diese Stelle gu hören. Erhebt diese Stelle gegen die beabsichtigte Preisanordnung des Landesbauernführers Widerspruch, so entscheibet im Falle der Nichteinigung der Senat.

Der Landesbauernführer kann gegen jeden, der den auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen Unordnungen zuwiderhandelt, Ordnungsstrafen bis zu 10 000,- G im Einzelfalle festsetzen. Er kann diese Befugnisse Beauftragten, insbesondere Organen von Zusammenschlussen übertragen. Die Einziehung der Ordnungsstrafen erfolgt im Berwaltungszwangsverfahren.

In besonders schweren Fällen der Zuwiderhandlung kann der Landesbauernführer die Fortführung eines Betriebes untersagen. Bei Betrieben der im § 9 Absat 2 und § 10 bezeichneten Art ist die Zustimmung des Senats, Abteilung Wirtschaft, erforderlich. Die Polizeibehörden haben auf Ersuchen des Landesbauernführers die für die Schließung des Betriebes notwendigen Magnahmen durchzuführen.

Den Betroffenen steht gegen die Verfügung des Landesbauernführers, durch welche die Fortführung des Betriebes untersagt wird, binnen einer Ausschlußfrist von zwei Wochen die Beschwerde an den Senat zu, der endgültig entscheidet. Die Beschwerde hat feine aufschiebende Wirkung.

anderen Betriebszweigen umfalfen, greift sowohl8lice Ingehörigfeit zum Danziger Rährstand, als auch

Der Landesbauernführer tann zur Regelung der Erzeugung, des Absates sowie der Preise und Preisspannen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie zur Festsetzung von Ausgleichsabgaben Gruppen und Angehörige des Danziger Rährstandes und sonstige Unternehmen und Einrichtungen, die landwirtschaftliche Erzeugnisse herstellen, vertreiben, be- oder verarbeiten, zusammenschließen, wenn der Zusammen= ichluß oder Anschluß unter Bürdigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls geboten erscheint.

Der Danziger Rährstand tann Aufgaben, die ihm nach ben §§ 1 und 2 bieser Berordnung auf dem Gebiet der Förderung von Berteilern nährstandszugehöriger Waren (Rährstandskaufleute und landwirtschaftliche Genossenschaften) zustehen, mit Zustimmung des Senats auf Bersorgungsverbände ober auf die in Absat 1 bezeichneten Zusammenschlusse übertragen. Der Landesbauernführer fann gur Erfüllung dieser Aufgaben bei den Bersorgungsverbänden oder bei den Busammenschlussen Fachichaften errichten. Er regelt das Nähere über Aufbau und Aufgaben der Fachschaften.

Soweit durch Magnahmen der vorbezeichneten Art Wirtschaftskreise betroffen werden, die einer anderen amtlichen Wirtschaftsvertretung zugehören, ist die Zustimmung des Senats — Abteilung Wirtichaft — erforderlich.

§ 19

Der Danziger Nährstand hat darüber zu wachen, daß die Zusammenschlüsse bei ihren Anordnungen und Mahnahmen die Vorschriften der Gesetze und der Sahung befolgen, die Bedürfnisse der
jeweils beteiligten Marktgebiete gebührend berücksichtigen, ihre Anordnungen und Mahnahmen mit den
vom Danziger Nährstand wahrzunehmenden Aufgaben in Einklang bringen und den Belangen der
Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls Rechnung tragen. Der Danziger Nährstand hat die Zusammenschlüsse bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstühren.

Der Danziger Nährstand kann Anweisungen erlassen, nach denen die Zusammenschlüsse den Geschöftsverkehr, das Haushaltss, Kassens und Rechnungswesen, die Anlegung von Geldern, die Bersonalsangelegenheiten einschließlich der Besoldung ihrer Angestellten und Arbeiter und die Bergütung ihrer Organe zu ordnen haben.

Der Danziger Nährstand kann insbesondere

- a) Bücher, Schriften und Rechnungen der Zusammenschlüsse einsehen oder einsehen lassen und von den Organen der Zusammenschlüsse Auskunft über alle geschäftlichen Angelegenheiten der Zusammenschlüsse verlangen, sowie Nachprüfungen durch Sachverständige auf Rosten der Zusammenschlüsse vornehmen lassen.
- b) zu den Beratungen der Organe der Zusammenschlüsse Vertreter entsenden und die Anberaumung von Sitzungen und die Beschlußfassung über bestimmte Gegenstände verlangen.
- c) verlangen, daß etwaige Mängel in der inneren Geschäftsführung und im Geschäftsverkehr mit dem Danziger Nährstand sowie etwaige Mängel der Zusammenschlüsse untereinander abgestellt werden.

Der Danziger Nährstand kann Anordnungen und Mahnahmen der Zusammenschlüsse aufheben oder ihre Durchführung untersagen, wenn sie gegen Gesetz oder Sahung oder Anordnungen des Senats oder Anweisungen des Danziger Nährstandes verstoßen.

Bei der Ausübung seiner Befugnisse gegenüber den in einer Hauptvereinigung zusammengefaßten Zusammenschlüssen bedient sich der Danziger Nährstand in der Regel der Hauptvereinigung. In dringenden Fällen kann er seine Befugnisse auch diesen Jusammenschlüssen gegenüber unmittelbar ausüben.

§ 20

Die auf Grund des § 18 gebildeten Zusammenschlüsse stehen unter Aufsicht des Senats, die durch den Staatskommissar der Danziger Versorgungsverbände wahrgenommen wird.

Der Staatskommissar hat gegenüber den Zusammenschlüssen die gleichen Rechte, wie sie ihm auf Grund der §§ 9 und 10 der Rechtsverordnung zur Regelung des Berkehrs mit Erzeugnissen der Land-wirtschaft und der Fischerei vom 20. August 1934 (G.Bl. S. 649) gegenüber den Bersorgungsversbänden und der Bereinigung der Danziger Versorgungsverbände zustehen.

§ 21

Der Landesbauernführer gibt den Zusammenschlüssen ihre Satzung. Er kann die Satzung der bei Inkrafttreten dieser Berordnung bestehenden Zusammenschlüsse abändern oder neu fassen. Der Erlaß der Satzung und ihre Abänderung bedarf der Zustimmung des Senats.

Der Landesbauernführer kann anstelle der Organe des Zusammenschlusses Abberufungen und Neubestallungen von Angestellten der Zusammenschlüsse vornehmen.

§ 22

Die Borsikenden der Zusammenschlüsse werden von dem Landesbauernführer mit Zustimmung des Senats bestellt und abberusen. Das gleiche gilt für die Stellvertreter der Vorsikenden sowie für die Mitglieder des Verwaltungsrats und deren Stellvertreter.

\$ 23

Anordnungen und Festsekungen, die der Landesbauernführer, der Danziger Nährstand oder eine seiner Gruppen auf Grund der nach dieser Berordnung erteilten Ermächtigung zur Regelung der Erzeugung, des Absates sowie der Breise und Preisspannen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder ein nach § 19 auch in Berbindung mit anderen Vorschriften gebildeter Zusammenschluß erläßt, bezürfen zu ihrer Rechtswirtsamkeit der Berkündung.

Ausgenommen sind Anordnungen und Festsehungen, die mill die gestellt bie lednock

- 1. sich lediglich an einzelne natürliche oder juristische Personen richten, meldumdelle deben bei
- 2. jedem der von ihnen Betroffenen schriftlich mitgeteilt worden sind, Betroffenen schriftlich mitgeteilt worden sind,
- 3. nur für den inneren dienstlichen Bertehr bestimmt sind. eroffprachorte din que

§ 24

Anordnungen und Festsetzungen sind im "Landstand" zu verfünden, soweit nicht im Sinblid auf die besondere Art der Anordnung oder Festsegung eine Beröffentlichung auch in anderen Blättern angezeigt erscheint.

h manna kacha mad namu mannad amalamah man 8 25 m

Anordnungen und Festsetzungen treten, soweit in ihnen nichts anderes bestimmt wird, mit bem dritten Tage nach dem Tage in Rraft, an dem die betreffende Rummer des "Landstandes" ausgegeben Der Danziger-Adhrechtend kann Anweilungen erlollen, mach denen die Jusammenlolulle Afrinsow

Haushaltse, Rollen- und Rechnu 82-gefen, die Anlegung von Gelbern, die Pe

Der Landesbauernführer regelt die inneren Berhaltnisse des Dangiger Rahrstandes durch eine Satzung, die im Gesethblatt zu veröffentlichen ist.

Bis zur weiteren Regelung durch die Sahung (§ 26) bleiben die Bestimmungen der Berordnung über die Errichtung einer öffentlich - rechtlichen Berussvertretung der Danziger Landwirtschaft vom 14. Juli 1933 (G.BI. G. 313) und der als Anlage ju diefer Berordnung veröffentlichten Berfassung der Danziger Bauernkammer einschlieglich der späteren Erganzungs- und Abanderungsverordnungen in Rraft, jedoch nur, soweit sie mit ben Borschriften Dieser Berordnung vereinbar sind.

282 greren Geldafteführung und im Geldaftenerfehr

Der Senat wird ermächtigt, Durchführungs- und Ausführungsverordnungen zu dieser Berordnung zu erlassen.

der Danziger Nährstand sann Andrdungen es gWahnahmen der Jusammenlä

Die Berordnung tritt am 1. April 1939 in Kraft. ober Anweifungen des Danziger Rabritondes veritogen.

Danzig, den 9. März 1939. Is an Ind reditionen ellementelle romel omidfieult rod in

modikenn kollskingen godi Der Senat der Freien Stadt Danzig and in mille mellen medlen Greiser Suth Rettelsky

L. 1.

Erfte Ausführungs. Verordnung

jur Rechtsverordnung über ben Aufbau bes Danziger Rahrstandes und Magnahmen gur Marti= und Preisregelung für landwirtichaftliche Erzeugniffe (Nährftandsverordnung).

Bom 9. Märs 1939.

Gemäß § 8 Absah 3 und § 28 der Rechtsverordnung über den Aufbau des Danziger Rährstandes und Mahnahmen zur Markt- und Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Nährstandsverordnung) werden im Einvernehmen mit dem Senat, Abteilung Wirtschaft, folgende Ausführungsbestimmungen erlassen:

Artifel I

Den im § 8 Absat 1 der Nährstandsverordnung genannten Wirtschaftsgruppen werden folgende Betriebe zugeteilt, wobei

Gruppe a) den Landhandel,

Gruppe b) das Rährstandshandwerk und die Rährstandsindustrie umfassen:

311 1): Wirtschaft mit Aderbauerzeugnissen:

a) Sandel mit Getreide, Sülsenfrüchten unnd Saaten (mit Ausnahme der Einfuhr aus dem Zollausland und des Ausfuhrhandels) Rauhfutter und Furagehandel

Sandel mit Mehl und Mühlenfabrikaten

Rartoffelhandel (soweit er die Bersorgung des Inlandes mit Kartoffeln Danziger und polnischer Erzeugung betrifft)

Handel mit Stallbung Lohndrescher, Lohnpflüger und ernichte ind lielmollengebenkerendung erfend

Sandel mit Rüben und Wurzelfrüchten geliefe dem nagenberdichte der gewennen gewille

b) Mehlmühlen, Schrotmühlen de anderen erda salltalten anlegnis en fallaldel fall . I Bäckereien, Brotfabriken 3. nur für den inneren bienftlichen Berfed ichtimitet im bei gereien.

Bu 2): Viehwirtschaft:

a) Gewerbliche Abmelkwirtschaften Lohnbrütereien Geflügelmästereien Schlachtviehhandel Rleinviehhandel

Nukviehhandel

Buchtviehhandel

Pferdehandel

Geflügelhandel od daiten bei dant mannigen beder in bediden von eine beide

Gierhandel (mit Ausnahme der Einfuhr aus dem Zollauslande und des Ausfuhrhandels) Fleischgroßhandel

Weischwarenhandel

gewerbliche Zuchttierhaltereien

- b) Wurstfabrifen, Fleischkonservenfabrifen, Schlächtereien.
- Bu 3): Zuderwirtschaft: ni drussentelennis tomes man nie nitlündne tedischtine genednitelle eid redli
 - a) Zuderhandel
 - b) Zuderfabriken.
- Ju 4): Stärke- und Branntweinwirtschaft: mast inselle allegen opnignielle sid und propositionesellodes
 - a) Kartoffelflodenhandel des stroff adnahamitus quis naturales adapadust mad sid natural
- b) Kartoffelbrennereien, Kornbrennereien, Obstbrennereien (mit Ausnahme der industriellen Herstellung von Spirituosen).
- Bu 5): Fischwirtschaft: The day the product punchaster and the business and the business and construction of the contract of t
 - a) Fischhandel (mit Ausnahme des Handels mit Salzheringen)
 - b) Fischräuchereien und -röstereien.
- Bu 6): Fett= und Milchwirtschaft:
 - a) Milchandel, Butter= und Räsehandel
 - b) Molfereien, Rasereien.
- Bu 7): Solzwirticaft und Wirtschaft mit Garten-, Forst- und ähnlichen Gewächsen:
 - a) Markthandel mit Blumen und Ziersträuchern

Diese Verordnung tritt am 1. April 1939 in Kraft.

Danzig, den 9. März 1939.

Staat pom 24. Runt 1933 (G.M. E. 273) lawie des die Geltumgsbauer biefes Gefehre verlängernden Der Senat der Freien Stadt Danzig von in der angesch

Greiser Suth Rettelsin L. 1.

Rechtsvervebnung

betr. Anderung des Gejeges über Die Berhältniffe ber Juben vom 23. Juli 1847 (G. C. 263). Bom 14. Märs 1939.

Auf Grund des § 1, Ziffer 9 und 35 und des § 2, Ziffer b des Gesetzes zur Behebung der Rot von Bolf und Staat vom 24. 6. 1933 (G. Bl. S. 273 ff.) sowie des Gesehes gur Berlängerung dieses Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G. Bl. S. 358 a) wird, um eine geordnete Liquidation ber Judengemeinde zu ermöglichen, Folgendes mit Gesetheskraft verordnet:

Artifel I

Der Senat tann anordnen, daß für eine bestimmte Abergangszeit die Befugnisse ber Reprasentantenversammlung auf den Vorstand übergehen und die Zahl der Repräsentanten weniger als 9 beträgt.

Artifel II

Der Senat fann ferner anordnen, daß der Borstand sich durch Zuwahl auf die statutenmäßig vorgesehene Zahl von Mitgliedern erganzt. Die Zuwahl bedarf der Genehmigung durch den Senat.

Artifel III

Die Beamten der jüdischen Kultusvereinigungen und ihrer Berbände verlieren am Tage des Inkrafttretens dieser Berordnung ihre Beamteneigenschaft. Sie treten mit demselben Zeitpunkt zu den Bereinigungen und Berbänden in ein bürgerlich=rechtliches Dienstverhältnis, auf das die bisherige Regelung ihrer Rechte und Pflichten entsprechende Anwendung findet.

Die Neueinstellung von Beamten durch judische Kultusvereinigungen und beren Berbände ift nur

mit Zustimmung des Genats zulässig.

Artifel IV

Die Borstände der jüdischen Kultusvereinigungen sind berechtigt, Dienstverträge, gleichgültig für welche Zeit sie abgeschlossen sind, mit einer Frist von 3 Monaten zu fündigen. Das gleiche Kündisgungsrecht steht den Dienstnehmern zu.

Artifel V

Aus einem bisher bestehenden Beamtenverhältnis oder einem Dienstvertrage begründete Ruhegehaltsansprüche gegenüber einer jüdischen Rultusvereinigung werden abgegolten durch eine Absindung. Über die Absindung entscheidet endgültig ein vom Senat eingesetztes und in seiner Zusammensetung bestimmtes Schiedsgericht. Bei der Entscheidung des Schiedsgerichts sind die persönlichen und wirtsschaftlichen Berhältnisse der Ruhegehaltsberechtigten und sverpflichteten zu berücksichtigen. Bei Ruhegehaltsempfängern kann die Absindung an die Bersicherungsanstalt Westpreußen in Danzig gezahlt werden, die dem Ruhegehaltsberechtigten eine entsprechende Rente zahlt.

(mit Ansnahme der induffriellen IV-leiter Monante

Diese Berordnung tritt mit dem Tage ihrer Berkündung in Kraft und nach Ablauf von 2 Jahren außer Kraft.

Danzig, den 14. März 1939.

Der Genat der Freien Stadt Danzig

A. I. 15 06.

52

Greiser Suth

Berordnung

jur Abänderung der Rechtsverordnung zur Ergänzung des Weichsel-Rogat-Deichstatuts.

Bom 15. März 1939.

Auf Grund des § 1 Ziffer 69 und des § 2 des Gesetes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G.Bl. S. 273) sowie des die Gestungsdauer dieses Gesetes verlängernden Gesetes vom 5. Mai 1937 (G.Bl. S. 358a) wird folgendes mit Geseteskraft verordnet:

Artitel I

Der Nachtrag zu dem Statut für den Weichsel-Nogat-Deichverband vom 20. Juni 1889 (Pr. Ges. S. 133), eingefügt durch die Rechtsverordnung zur Ergänzung des Weichsel-Nogat-Deichstatuts vom 16. 3. 1937 (G.Bl. S. 191) wird durch folgende Borschriften ergänzt:

,§ 6a.

über alle Ersats und Entschädigungsansprüche, die aus Anlaß der Durchführung der Eindeichung und der Entwässerung des Gebiets der Jungferschen Lake erhoben werden, entscheidet unter Ausschluß der Juständigkeit der ordentlichen Gerichte ein Schiedsgericht. Dies gilt auch für Ansprüche, die aufschund der Verordnung zur Abänderung des Verzeichnisses der Wassersäufe I. Ordnung vom 10. Okstober 1938 (G.V. S. 524) in Verbindung mit § 3 des Wasserseiches vom 7. April 1913 gegen den Staat erhoben werden.

Das Schiedsgericht besteht aus einem vom Senat zu bestimmenden Vorsitzenden und 2 Beisitzern. Die Beisitzer werden vom Landesbauernführer nach Anhörung der Parteien (Marienburger Deich) verband, Entschädigungsberechtigter) benannt.

§ 6b.

Das Schiedsgericht hat vor Erlaß seiner Entscheidung die Parteien zu hören und das den Anrüchen zugrunde liegende Sachverhältnis zu ermitteln, soweit es die Ermittlungen für erforderlich erhtet. Das Schiedsgericht kann zu diesem Zwed Sachverständige hinzuziehen und schriftliche Gutachten anfordern. Im übrigen wird das Verfahren durch das Schiedsgericht nach freiem Ermessen bestimmt. Das Schiedsgericht hat bei seinen Entscheidungen Billigkeitsgründe zu berücksichtigen.

§ 6 c.

Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind endgültig."

Artifel II

Die Berordnung tritt mit dem Tage der Berfündung in Rraft.

Danzig, den 15. März 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Rettelsky

L 3015

53

7. Sokeiri

Rechtsberorbnung

betr. die Berlängerung der Amtsbauer des am 7. April 1935 gewählten Boltstages. Bom 21. März 1939.

Auf Grund des § 1 Ziffer 1 und des § 2 des Gesethes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) sowie des seine Geltungsdauer verlängernden Gesethes vom 5. Mai 1937 (G. Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetheskraft verordnet:

Einziger Artitel

Die Amtsdauer des 3. 3t. bestehenden Bolkstages wird auf weitere vier Jahre verlängert.

Danzig, ben 21. März 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

pandel) oder eine die Ingendrigfeit begründende Be- und Berarbeitung tandwirtichafflicher

A. I. 17 11

Greiser Dr. Hoppenrath

Die Reneinstellung von Beamten durch führinge fin landerenteinsperside beite menikalischten bied

mit Justimmung ber Genate geläffig.

Matifeliu, m

Die Vorstände der jadischen Kuckliederen generallieder bereicht von 3 Monateren eine die ihr angestalliche Abndineiche Zeit sie abgeschlosten sind, wit einer Arch von 3 Monateren eine konstätt ihr "philose Abndiannastene Lebt den Dienlinehmern zu.

Der Senat der Freiem Stadt Danzig

Aus einem bisher bestehnben Bearriederhällels oberstend Dienstverrage bearungte MiSCE I gebeltsanlarüche ausgeküber einer jüblichen Kultusvereinigung werden abgesalten bürd eine Ablindung. Weiter die Ablindung entläseider endgültig zie von Gegat eingeliellegend in feiner Jufannausslehung zu beitimmtes Schiedengericht. Bei der Ablindung des Schiedensteines und die verschiligen und diet ichaftlichen Arabiellasse der Ablindung ausgest größen der Vongensteile von die verschiligen und diet gebaltsempflagert tenn die Absindung ausgebt größen und Weiterschaft Weitersahen in Danzig arabie verden, die den Ruhegehaltsberechtigten eine entlyrechende Rente zahlt.

Auf Grund des J. L. Ziffer I und des H. 2 des Gelehes zur Bebedung der Not von Kolf und Staat vom 24. Juni 1933 (G. VI. S. 273) sowie des isine Geltungsdauer verlängernden Gesehes vom H. Kiell al 1937 (G. Bl. C. 358 element) solgendes mit Gelehestrost verschuselst gnundsorste sind

Einziger Artifel

Die Antisdauer des 2. 31. bestehenden Rolfstages mird auf. ifteltereblier. Sabre wertendert

Der Senat ber Rreien Stadtebel mill. 12 nicht giened

A. I. 15-06.

r Senat ber Freien Etabi Dangin

Greller De Hoppenrat

HITE LA

pur Abanderung ber Stechtsvereordnung im Erginiung ber Welchfel-Mogale Delchinnis. Bom 15, Inder 1930.

Auf Grund des § I Liffer 69 und des § 2 des Gelches auf Behebung der Nat von Tioil und Staat dem 24. Juni 1933 (G.Bl. G. 273) fanie des die Geltumsdauer dieses Gesches verlöngernden Gelehes von 5. Mai 1937 (G.Bl. G. 358.4) wird solvendes unt Gelehestraft verardust

Mrtifel 1

Der Rachtson zu dem Statut für den Abrichiel-Rogal Deichverfrand vom 20. Juni 1889 (Pr.Gel.S. 133), eingefügi durch die Rechtsberordmung zur Ernfanzung des Weichlef-Rogal Deichkaluls von 18. 3, 1937 (15.31), S. 1913 wird durch folgende Borichiffen ergentet.

. S 5 A

und der Ericht und Enischen Senichte der Innoberlichen Labe aus Anlah der Durchführung der eine eine der der Gertreifferung des Gebiets der Innoberlichen Labe ethaben wurden, articheitet anzes Ausbaltabe der Judandigleit der erdentlichen Gerichte ein Schiedsgericht. Dies gilt auch für Anlerung, der außernen der Verarbwung aus Abanderung den Berpelchiffes der Malferläufe I. Ordnung vom 10. Pietaber 1938 (G.Bl. S. 524) in Berbindung mit § 3 des Walfergelebes vom 7. April 1913 gegen den Staat erhaben werden.

Das Schiedsgericht besteht aus einem vom Senat zu bekimmenden Borfigenden ind 2 Weiligern Die Belither werden vom Laubenbauernschrer nach Ausdrung der Parteien (Marienburger Driffe verbend, Entschligungsberechtigter) benatüt.

8 60

end nud aus den narde zu walarsolf sie annellschliert renist falre von ind ichregesiche abnutate rzeite es diernerster ihr neomittimger in er lismed nichtimus zu sinligenschen Schapell seineren rzeite. Berausgeber: Geldalisstelte des Gefendlattes und Staatsangeigers. – Drud von A Schapel von danglg. Istr